



Globalisierungskritik

A: naqd al- aulama
E: critique of globalization.
F: critique de la mondialisation (globalisation)
R: kritika globalizacii.
S: crítica de la globalización.
C: quaniuhua pipan

Wie der Begriff der Globalisierung (G) gehaltvolle zeitdiagnostische Anteile mit Elementen ideologischer Herrschaft verbindet, so ist auch ›Gk‹ eine analytische Kategorie und zugleich Teil von Auseinandersetzungen. Zunächst von praktisch Interessierten und intellektuellen Befürwortern der Entwicklungen genutzt, um Kritik als ›realitätsfern‹ und ›unvernünftig‹ abzutun, ist seine rasante Verbreitung seit Ende der 1990er Jahre Ausdruck wachsender *praktischer* Kritik an der neoliberalen G. Letztere schafft selbst die Bedingungen dafür z.B. in Gestalt der Entwicklungen der Kommunikation (Internet). Doch entstehen Bewegungen nicht aus ›objektiven‹ Bedingungen heraus, sondern schaffen sich in Politisierungs- und Organisationsprozessen selbst. Diese finden auch jenseits von Öffentlichkeit statt, bilden in gewisser Weise die ›Fermentierung‹ von Kritik und Alternativen. Sie sind nicht per se kritisch-emanzipatorisch, sondern ihr Charakter hängt ab von der jeweiligen Interpretation der herrschenden Verhältnisse.

1. Unterschieden werden kann zunächst zwischen analytischer und politischer Verwendung der Gk. Die dominante Variante der *analytischen* Gk versteht G als zuvörderst ökonomischen Prozess, der zunehmend krisenhaft verlaufe. Hier wird u.a. auf die Währungskrisen in Mexiko (1994/95) oder Südostasien und Brasilien (1997/98) und die Instabilität der internationalen Finanzmärkte verwiesen (KRUGMAN 1999; SOROS 1998). Andere beobachten eine allgemeinere »Krise des Regierens« (ZÜRN 1998, 9-12). Die negativen Konsequenzen der G gelte es mittels internationaler Kooperation von Staaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren wie Unternehmen und NGOs zu bekämpfen, den globalen Kapitalismus zu re-regulieren und die gesellschaftlichen Teilbereiche ›verträglich‹ aufeinander abzustimmen. Begrifflich werden Anleihen an Karl POLANYIS Konzept des *reembedding* (1944) gemacht. Konzeptionell und normativ wird diese Position in der Debatte um »Global Governance« (CGG 1995; ROSENAU 1995; kritisch BRAND u.a. 2000) sowie um die Bereitstellung adäquater globaler öffentlicher Güter (REINICKE 1998) vertreten. Die als ›Kern‹ erachtete ökonomische G wird dabei nicht hinterfragt; der Staat wird als



(potenzieller) Ausdruck eines gesellschaftlichen Allgemeininteresses verstanden, Macht- und Herrschaftsverhältnisse werden weitgehend ausgeblendet.

Auf herrschaftskritischer und bes. marxistischer Seite wird G als Metapher für weitreichende Veränderungen sozialer Verhältnisse verstanden, wobei der Staat entscheidend an der Durchsetzung des Neoliberalismus beteiligt ist (HIRSCH 1995; SCHERRER 1999). Dabei geraten auch geschlechtsspezifische Aspekte der Transformation in den Blick (GIBSON-GRAHAM 1996; BRENSSELL/HABERMANN 2001). Die zentrale Bedeutung internationaler Politik liegt weniger in der Bearbeitung oder Vermeidung von Krisen als in der weltweiten Absicherung des neoliberalen Projekts. Stephen GILL hat dafür den Begriff des »neoliberalen Konstitutionalismus« geprägt, der im Kern darin besteht, die bürgerliche Eigentumsordnung international abzusichern (2000, 42ff). Andere Arbeiten verweisen auf »Entbettungsmechanismen« und die vielfältigen »Grenzen der G« (ALTVATER/MAHNKOPF 1996, 112-44, 503-90). Die Weltsystemtheorie kritisiert eine »ungebremste G« nach einer »kontrollierten « der Nachkriegszeit, die die Polarisierung zwischen Zentrum und Peripherie vorantreibe und zum Niedergang des Kapitalismus führe (AMIN 1997, 89ff). Ebenfalls herrschaftskritisch, doch mit reduziertem Staatsverständnis argumentieren linkskeynesianische Ansätze. Der Staat wird hier eher als Opfer der G gesehen, das es wieder zu stärken gelte (BOURDIEU 1998). Gefordert wird eine Internationalisierung keynesianischer Politik, d.h. von Beschäftigungs- und Sozialpolitiken (HOLLAND 1994; MARTIN/SCHUMANN 1996).

Für die Gk der politischen Rechten steht exemplarisch die französische Nouvelle Droite (DE BENOIST 1999). Die liberale G wird mit Verwestlichung und Vereinheitlichung gleichgesetzt, die »die geschichtlich vererbten kollektiven Identitäten« bedrohe und zu Entwurzelung führe. Die zentrale Annahme der Analyse lautet: »Die Völker sind [...] Wesenheiten mit eigener Persönlichkeit« (41), deren Verschiedenheit anerkannt und aufrecht erhalten werden müsse. Die vermeintlichen Problemlösungen liegen in protektionistisch- chauvinistischen Vorstellungen gemeinschaftlichen Zusammenleben in kleinen Einheiten, der Zurückdrängung des Marktes und in der Begrenzung bzw. Verhinderung multiethnischen Zusammenlebens. In protektionistischen Vorstellungen (vgl. Brauner-Orthen 2001, 74-87) liegen am ehesten Überschneidungen mit emanzipatorischen Positionen.

2. Zentral für *praktische* Gk sind Protestbewegungen, von denen sich viele zunächst in lokalen und nationalen Auseinandersetzungen herausgebildet haben. Dabei können auch



traditionelle Organisationen wie Gewerkschaften oder parteinahe Initiativen Teil der Bewegung sein (MOODY 1997). Kritik am Neoliberalismus ist häufig einigendes Motiv – etwa bei den Streiks in Frankreich 1995 oder bei gewerkschaftlichen, bäuerlichen und indigenen Bewegungen (z.B. in Südkorea, Indien, Südafrika, Brasilien oder Mexiko), die sich u.a. gegen erzwungene Strukturanpassungen zur Wehr setzen. Besonders die internationale Frauenbewegung hat früh Protest- mit Gestaltungsperspektiven sowie internationale mit nationalen und lokalen Politiken verbunden (RUF 1998; WICHTERICH 2000).

Von einer *internationalen Protestbewegung* kann seit den Auseinandersetzungen um das Multilaterale Investitionsabkommen (MAI) 1998 gesprochen werden, bei denen eine breite und analytisch angeleitete Kampagne zu massiver Kritik und schließlich zum Scheitern des Abkommens führte (GEORGE 2001; WAHL 1998). Die Kritik am MAI konnte politisiert werden, weil es auch innerhalb der Gruppe dominanter Länder Widersprüche gab (zwischen den USA und der EU). Ein zeitlich früherer Bezugspunkt ist für Teile der Bewegung der Aufstand der Zapatistas seit 1994 (HAUG 1999, 149ff; BRAND/CECEÑA 2000) und das im Sommer 1996 im mexikanischen Chiapas durchgeführte »Erste Treffen gegen Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft« (REDAKTION 1997). Heute weltweit verwendete Mottos wie »ya basta!« (es reicht) oder »Eine andere Welt ist möglich! « stammen von den Zapatistas. Internationale Demonstrationen wie beim Treffen der WTO Ende 1999 in Seattle (MIES 2001, 24ff) oder der Regierungschefs der sog. G8 (der sieben reichsten Industrieländer und Russland) Mitte 2001 in Genua sind Kristallisationspunkte einer heterogenen und vielfältigen Bewegung, deren Teile in lokalen und nationalen Zusammenhängen verankert sind (iz3w 2001).

Auf allgemeinsten Ebene setzt praktische Gk an den *Widersprüchen* des globalen Kapitalismus an. Im Zentrum stehen die Deregulierung und der damit verbundene Abbau sozialer Rechte sowie die weitere bzw. Re-Kommodifizierung sozialer Verhältnisse z.B. durch Privatisierung öffentlicher Unternehmen, Umbau der Sozialhilfe oder »Inwertsetzung« von menschlicher und außermenschlicher Natur. Die globalisierten Herrschaftsverhältnisse, so die weit verbreitete Einschätzung, müssen global bekämpft werden. Dabei werden die Grenzen der parlamentarischen Demokratie, die nicht nur angesichts der Internationalisierung sozialer Prozesse offenkundig sind, selbst für die undemokratische Durchsetzung des neoliberalen Projekts verantwortlich gemacht. Das Führen von Kriegen im Namen von Demokratie und Menschenrechten hat etablierte Formen der Demokratie weiter delegitimiert. Im Gegensatz zur medialen Vermittlung besteht ein Hauptanliegen der Bewegung darin, institutionelle und Alltagspraxen sowie gesellschaftliche Wertvorstellungen



zu verändern und umfassend zu demokratisieren. Vielfalt und interner, produktiver Streit werden eher als Stärke denn als hinderlich erachtet. Es gibt einen breiten Konsens, dass gewaltlose direkte Aktionen und ziviler Ungehorsam legitim sind. Das nationalistische gk Spektrum spielt eine untergeordnete Rolle.

Die internationale Protestbewegung zeichnet sich durch einen eher konfliktiven Politikstil aus, in Anerkennung dessen, dass die neoliberale G durch erhebliche Konflikte hindurch von oben durchgesetzt wurde. Damit macht sie eine vertikale Konfliktstruktur deutlich, nachdem es neoliberalen Kräften gelungen war, die verschiedenen gesellschaftlichen Interessen in eine horizontale Form der Konfliktwahrnehmung (Standortwettbewerb) zu transformieren (REVELLI 1999). Dadurch unterscheidet sich diese Protestbewegung von der in den 1990er Jahren dominanten Form linker und linksliberaler zivilgesellschaftlicher Politik, die stark auf Kooperation mit staatlichen Akteuren und die Anwendung alternativer Expertise setzte und für die die in sich heterogene politische Praxis von NGOs kennzeichnend war (BRAND u.a. 2001). Auch für die neueren Bewegungen sind kritische NGOs wichtig, weil sie durchaus zu einer Öffnung der dominanten politischen Prozesse beitragen und ihre Expertise in den politischen Auseinandersetzungen wichtig ist; die Protestbewegung ist in vielen Fällen auf solch eine »Bewegungsinfrastruktur« angewiesen. Zugleich aber ist die vielfach erfolgreiche Kooptation vieler NGOs durch Staat und Unternehmen offensichtlich geworden.

Einige *Differenzen* auf theoretisch-analytischer Ebene spiegeln sich – gebrochen – im gk Spektrum selbst, bes. im Politik- und Staatsverständnis. Ein Teil der internationalen Protestbewegung stellt die »Verselbständigung der Finanzmärkte« ins Zentrum (RAMONET 1997; www.attac.org). Entsprechend soll über internationale staatliche Kooperation und geeignete Mechanismen wie der Besteuerung von Finanztransaktionen (die sog. Tobin-Steuer) diese Verselbständigung bekämpft werden. Vorherrschend ist dabei eine Sicht, die sich von staatlichen Eingriffen ein relativ krisenfreies Funktionieren des Kapitalismus verspricht. BOURDIEU (1998) setzt dem anti-sozialen Neoliberalismus die Entwicklung eines europäischen Sozialstaats entgegen. Staat wird dem Markt dichotomisch gegenüber gestellt. Europa wird zum – gegen die USA gerichteten – Vorbild stilisiert (und dabei seine koloniale Vergangenheit und neokoloniale Gegenwart vernachlässigt). Gleichzeitig macht Bourdieu allerdings deutlich, dass anti-hegemoniale Praxen einer stärkeren Bezugnahme von Bewegungen und Intellektuellen aufeinander bedürfen (www.raisons.org; eine Erfolgsvoraussetzung des Neoliberalismus waren seine intellektuellen Netzwerke).

Andere Teile stellen internationale Vernetzung und inhaltlichen Austausch in den Mittelpunkt. Besonders die Kämpfe in südlichen Ländern sollen auf internationaler Ebene



stärkeren Rückhalt erhalten. Das Netzwerk »Peoples' Global Action« (www.agp.org) gründete sich 1997 mit dieser Absicht und bildet jeweils einen wichtigen Kern der internationalen Protestereignisse. Auch die italienischen »Tute Bianche« (Weiße Overalls) spielen eine wichtige Rolle in der Suche nach radikalen Positionen und neuen Formen politischer Auseinandersetzungen (AZZELLINI 2001). Hier dominiert eine radikale Staatskritik, die Staat verwoben mit anderen Herrschaftsverhältnissen versteht. Im radikalen Spektrum sind die Bemühungen, praktische Kapitalismuskritik unter den Bedingungen neoliberaler G zu formulieren, am stärksten. Ein anderer Teil der Bewegung, bes. im kirchlichen Kontext, handelt aus moralischen Motiven. Hier geht es besonders um die Aufklärung über zunehmende gesellschaftliche Probleme und Entwicklung. Auch Entrüstung über die immer schamloser durchgesetzten neoliberalen Politiken ist ein wichtiger Antrieb (MIES 2001; KLEIN 2000). Die südlichen Teile der Protestbewegung betonen gemäß ihrer Erfahrungen stärker die Rolle offener Gewalt und von außen oktroyierter Strukturanpassungen in Folge der Verschuldungskrise, die sich als zentraler Hebel neoliberaler Politik erwies (WEED 1999).

Eine zentrale Konstitutionsbedingung für die internationale Protestbewegung ist die Möglichkeit schneller und relativ billiger Kommunikation. So hat sich innerhalb kürzester Zeit ein dichtes Netz alternativer Kommunikation gebildet, in dem nicht nur Informationen ausgetauscht werden, sondern auch Klärungs- und Organisationsprozesse stattfinden. Gleichwohl entfalten sich viele Wirkungen erst über die bürgerliche Öffentlichkeit; hier wird um die gesellschaftliche Legitimität der Anliegen und Aktionsformen gerungen sowie die herrschende Hegemonie in Frage gestellt. Dabei spielen auch dissidente Stimmen aus dem Establishment eine große Rolle. Eine Gefahr besteht darin, kurzfristige mediale Erfolge mit der nachhaltigen Veränderung der Kräfteverhältnisse zu verwechseln.

3. Theoretische Bezugnahmen auf MARX und marxistische Ansätze gibt es nur in Teilen der Gk. So wird u.a. auf die Regulationstheorie und die Weltsystemtheorie zurückgegriffen. Die historisch-materialistische Staatstheorie spielt im radikaleren Spektrum eine gewisse Rolle, um die problematische Dichotomie ›Staat als Instrument der herrschenden Klasse‹ versus ›Staat als potenzieller Ausdruck des Gemeinwohls‹ aufzulösen. Auch ein an GRAMSCI angelehntes hegemonietheoretisches Herrschafts- und Politikverständnis ist relativ stark. Die radikalen Teile der Bewegung beziehen sich am ehesten auf ein marxistisches Verständnis des Kommunismus, das universalistisch ist (nicht im männlich-weiß-westlichen Sinne), indem es auf die Befreiung aller Menschen abzielt. Kommunismus, dies würden viele Aktive



teilen, ist »die *wirkliche* Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt. Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden Voraussetzung« (*DI*, MEW 3, 35).

Dennoch sind die expliziten Bezüge auf MARX eher gering. Dies hängt zum einen mit der Diskreditierung durch den autoritären Sozialismus und dessen Staatsideologie des ML zusammen. Die mexikanischen Zapatistas sind ein herausragendes Beispiel, wie kritisch-emanzipatorische Bewegungen nach einer neuen Sprache suchen (HUFFSCHMID 2000). Teilweise hängt das aber auch mit theoretischen Defiziten einer sich in der Konstitutionsphase befindenden Bewegung zusammen.

4. Seit den Protesten in Seattle Ende 1999 ist deutlich, dass der dominante staatliche und mediale Umgang mit den Bewegungen aus Spaltung, Delegitimierung und Repression besteht. Kooptationsversuche der »guten« Teile der Bewegung und Repressionen gegenüber den radikaleren nehmen zu (BUKO 2001). Mit den Anschlägen in den USA am 11.9.2001 haben sich die Bedingungen radikaler Kritik und emanzipatorischen Protests in mehrfacher Hinsicht verschoben: Erstens richten sich die öffentlichen Auseinandersetzungen, die »Ökonomie der Aufmerksamkeit«, weniger auf die emanzipatorischen und gesellschaftskritischen Ansätze. Zweitens wird der notwendige Kampf gegen den Terror schnell ausgeweitet auf andere Formen oppositionellen Handelns, auch jenes in emanzipatorischer Absicht. Eine internationale Konstellation wird gewissermaßen repressiv nach innen gewendet, rechtsstaatliche Errungenschaften werden abgebaut; dies hatte sich vor den Protesten in Genua (2001) bereits angekündigt und gewinnt nach den Anschlägen eine neue Dynamik. Zu erwarten ist drittens, dass es intensivere Formen der militärischen und polizeilichen Kooperation zwischen nördlichen Staaten geben wird. Neben einem neoliberalen Konstitutionalismus wird sich auch das Gewaltmonopol im Sinne eines in den herrschenden Gesellschaften »legitimen Monopols physischer Gewaltbarkeit« (MAX WEBER, *WuG*, 514) stärker internationalisieren. Schließlich ist für die politischen Auseinandersetzungen von Bedeutung, dass die zentrale Konfliktachse, durch die hindurch Interessenkämpfe interpretiert werden, wieder »horizontalisiert« wird: Neben der horizontalen Ebene des Standortwettbewerbs werden Allgemeininteressen durch die Dichotomie »Gut« gegen »Böse« bzw. »Zivilisation« gegen das »Andere« im Sinne eines *clash of civilizations* (HUNTINGTON 1996) konstruiert. Mit den hochgradig der Definitionsmacht der Herrschenden unterworfenen Begriffen »Terrorist« und »unterstützendes Umfeld« können machtförmige Zuschreibungen gegenüber schwächeren Akteuren erfolgen. Dabei ist durchaus offen, ob dies gelingt und welche Widersprüche diese Konstellation generiert.



Dagegen verweisen selbst liberale Positionen auf indirekte Zusammenhänge zwischen den Anschlägen, den fragmentierenden Konsequenzen der G und der damit einher gehenden Frustration vieler Menschen sowie der Politik der metropolitanen Staaten (SACHS 2001). Im Kern geht es darum, dass die Neue Weltordnung mit den militärisch und ökonomisch eindeutig dominanten USA nicht mit politischer Führung und materiellen Zugeständnissen an die Beherrschten in den südlichen Ländern verbunden ist. Das neoliberale Modell selbst macht eine solche Führung und ein damit verknüpftes Entwicklungsmodell schwierig (HIRSCH 2001).

Notwendig für eine emanzipatorische Linke ist es, eine kritische Position gegenüber Terror *und* den herrschenden Verhältnissen zu entwickeln und die vielfältigen Verbindungslinien zwischen den verschiedenen Entwicklungen herzustellen. Um so dringender wird es sein, kritische Reflexion auf die Verhältnisse und auf die Bewegungen selbst zu stärken (CHESNAIS u.a. 2001). Ob dem neoliberalen Konstitutionalismus ein demokratisch-menschenrechtlicher entgegengesetzt werden kann, entscheidet sich nicht nur auf der internationalen Ebene, sondern in Auseinandersetzungen um veränderte institutionelle und Alltagspraxen und Wertvorstellungen in allen gesellschaftlichen Bereichen, öffentlichen wie privaten. Dennoch liegt der große Wert der Bewegung darin, dass sie die Möglichkeit weltweiter Alternativen aufzeigt.

BIBLIOGRAPHIE: E.ALTVATER, B.MAHNKOPF, *Grenzen der Globalisierung*, Münster 1996; S.AMIN, *Die Zukunft des Weltsystems*, Hamburg 1997; D.AZZELLINI, »Tute Bianche. Weiße Overalls im zivilen Ungehorsam«, in: *analyse & kritik* 453, 31. Jg., August 2001, 10; A. DE BENOIST, *Aufstand der Kulturen*, Berlin 1999; P.BOURDIEU, *Gegenfeuer*, Konstanz 1998; U.BRAND u.a., *Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung?* Münster 2000; ders., A.E.CECEÑA (Hg.), *Reflexionen einer Rebellion. »Chiapas« und ein anderes Politikverständnis*, Münster 2000; ders. u.a. (Hg.), *Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates*, Münster 2001; A.BRAUNERORTHEN, *Die Neue Rechte in Deutschland*, Opladen 2001; A.BRENSELL, F.HABERMANN, »Von Keksen und Kapitalismus. Intervention gegen »männlichen« Universalismus in Theorien zum Neoliberalismus«, in: M.Candeias, F.Deppe (Hg.), *Ein neuer Kapitalismus?*, Hamburg 2001, 241-64; BUKO – BUNDESKONGRESS ENTWICKLUNGSPOLITISCHER AKTIONSGRUPPEN, »Globalisierungskritik, Genua, Gewalt«, in: *analyse & kritik* 453, 31. Jg., August 2001, 8-9; CGG – COMMISSION ON GLOBAL GOVERNANCE, *Nachbarn in einer Welt*, Bonn 1995; F.CHESNAIS, C.SERFATI, C.-A. UDRY, *Die Zukunft der »Anti-Globalisierungs«-Bewegung*, Zürich 2001; S.GEORGE, *Der Lugano-Report*, Reinbek 2001; J.K.GIBSON-GRAHAM, *The End of Capitalism (As We Knew It). A Feminist Critique of Political Economy*, Cambridge 1996; S.GILL, »Theoretische Grundlagen einer neo-gramscianischen Analyse der europäischen Integration«, in: H.J.Bieling, J.Steinhilber (Hg.), *Die Konfiguration Europas*, Münster 2000, 23-50; W.F.HAUG, *Politisch richtig oder Richtig politisch*, Hamburg 1999; J.HIRSCH, *Der nationale Wettbewerbsstaat*, Berlin 1995; ders., »Globalisierung und Terrorismus«, in: *www.links-netz.de* (2001); S.HOLLAND, *Towards a New Bretton Woods. Alternatives for the Global Economy*, Nottingham 1994; A.HUFFSCHMID, »Spinnen im Netz. Zapatismus als Maskerade und paradoxe Politik«, in: Brand/Ceceña 2000, 136-77; S.P.HUNTINGTON, *The Clash of Civilisations and the Remaking of World Order*, New York 1996 (*Kampf der Kulturen*, München 1996); iz3w – INFORMATIONSZENTRUM 3. WELT (Hg.), *Gegenverkehr. Soziale Bewegungen im globalen Kapitalismus*, Freiburg 2001; N.KLEIN, *No logo. Der*



Kampf der Global Players um Marktmacht, München 2000; P.KRUGMAN, *Die große Rezession. Was tun, damit die Weltwirtschaft nicht kippt*, Köln-New York 1999; H.P.MARTIN, H.SCHUMANN, *Die Globalisierungsfalle*, Hamburg 1996; M.MIES, *Globalisierung von unten*, Berlin 2001; K.MOODY, *Workers in a Lean World. Unions in the International Economy*, London-New York 1997; K.POLANYI, *The Great Transformation* (1944), Frankfurt/M 1990; I.RAMONET, »Die Märkte entwaffnen«, in: *Le Monde Diplomatique*, Dez. 1997, 1; REDAKTION (Hg.), *Chiapas und die Internationale der Hoffnung*, Köln 1997; W.H. REINICKE, *Global Public Policy. Governing without Government?*, Washington 1998; M.REVELLI, *Die gesellschaftliche Linke*, Münster 1999; J.ROSENAU, »Governance in the Twenty-First Century«, in: *Global Governance* 1, 1. Jg., 1995, 13-43; A.RUF, »Frauennetzwerke im Spannungsfeld von Globalisierung und Vielfalt«, in: R.Klingebiel, S.Randeria (Hg.), *Globalisierung aus Frauensicht*, Bonn 1998, 66-84; J.SACHS, »Amerika muss die Augen öffnen«, in: *Die Zeit*, 56. Jg., 27.9.2001, 21; C.SCHERRER, *Globalisierung wider Willen? Die Durchsetzung liberaler Außenwirtschaftspolitik in den USA*, Berlin 1999; G.SOROS, *Die Krise des globalen Kapitalismus: offene Gesellschaft in Gefahr*, Berlin 1998; P.WAHL, »Von NGO-Multis, McGreenpeace und der Netzwerk-Guerilla«, in: *Peripherie* 71, 18. Jg., 1998, 55-68; WEED – WELTWIRTSCHAFT, ÖKOLOGIE & ENTWICKLUNG (Hg.), *Der Schuldenreport. Auswege aus der Schuldenkrise der Entwicklungsländer*, Bonn 1999; C.WICHTERICH, »Strategische Verschwisterung, multiple Feminismen und die Glokalisierung von Frauenbewegungen«, in: I.Lenz, M.Mae, K.Klose (Hg.), *Frauenbewegungen weltweit*, Opladen 2000, 257-80; M.ZÜRN, *Regieren jenseits des Nationalstaates*, Frankfurt/M 1998.

ULRICH BRAND

Blöcke, Emanzipation, Entbettung, europäische Integration, Finanzkapital, Finanzkrise, Finanzmärkte, Gegenöffentlichkeit, Gewalt, Globalisierung, Handel, Hegemonie, hochtechnologische Produktionsweise, Ideologie, internationale politische Ökonomie, Internet, Kapital, Kasino-Kapitalismus, Kommodifizierung, Kräfteverhältnisse, Kritik, Nationalstaat, Neokolonialismus, Neoliberalismus, Nichtregierungs-organisationen, Polarisierung, Politik, Regulationismus, Schuldenkrise, Unterdrückung, Terrorismus, transnationale Konzerne, Weltmarkt, Weltsystem, Zapatismus, Zivilgesellschaft